

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

245 (21.10.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.-M. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abzügen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelempl. 25.-M. Ausgabe: Verlagsmittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelleile 1.-M. Die 12spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 10 bis 12 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Dieselmotore

Auf der Ablieferung soll bestanden werden?

Paris, 20. Okt. (Privattelegramm.) Wie der „Temps“ berichtet, hat der militärische Beirat der Reichsministerien mit der Frage der Ablieferung der deutschen Dieselmotore beschäftigt. Die Protokolle der Besprechungen sind in Erwägung gezogen, doch soll sich der Beirat dem „Temps“ zufolge aus militärischen Gründen aberschieden haben. Nicht zum wenigsten sollen zu diesem Beschluß des Beirates die Berichte der Entente-Kommission aus Deutschland mitgesprochen haben, die hervorheben, daß der Dieselmotor fast ausschließlich für Schiffszwecke verwendet werden kann und in wirtschaftlicher Hinsicht nur eine geringe Bedeutung (!) habe. Die Reichsministerien, die sich in der nächsten Woche gleichfalls mit der Frage der Ablieferung der deutschen Dieselmotore befassen wird, dürfte dann einen endgültigen Beschluß fassen, der, wie der „Temps“ sagt, wohl nur eine Bestätigung des Beschlusses des militärischen Beirates darstellen wird.

Das angebliche Urteil der angeblichen Sachverständigen und von ebensolchen berufenen Sachverständigen der Entente, Deutschland wird immer wieder zu betonen haben, daß die neue Forderung eine unannehme Schädigung unserer Industrie bedeuten würde, zu der jede Rechtsgrundlage fehlt.

Rückgabe der 1870/71 erbeuteten französischen Fahnen

Paris, 20. Okt. Wie der „Matin“ meldet, hat der Ministerpräsident, um die Rückgabe der von den Deutschen 1870/71 erbeuteten französischen Fahnen, die die Erinnerung bei den Franzosen zum 50jährigen Bestehen der Republik befestigen sollen, zu beschleunigen, den Generalverwalter der von Deutschland zurückgegebenen Güter nach Berlin geschickt und ihm einen Sachverständigen des Kriegsministeriums beigegeben. (Der Militarismus ist, wie man sieht, in Frankreich obenaußen.)

Abkündigung des Wrangel'schen Friedensvorschlags

Berlin, 20. Okt. (Privattelegramm.) Die Sowjetregierung hat den Friedensvorschlag des Generals Wrangel abgelehnt. Der große Moskauer Rat beschloß mit Berufung auf die Fortsetzung der Operationen der Roten Armee gegen die ukrainischen und Wrangel'schen Truppen.

Englische Erklärungen über die Durchführung des Friedensvertrages

London, 20. Okt. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Curzon, daß sich die Durchführung des Friedensvertrages in zufriedenstellender Weise vollziehen werde und daß sich die britische Regierung mit der Durchführung des von dem Kaiser in London nicht beschlossenen Vertrages abgefunden habe und daß Deutschland in weitestgehendem Maße den Bestimmungen von Spa über die Kohlenlieferungen nachkommen werde. Weiterhin teilte er mit, daß die von allen Ländern Deutschland gemachten Vorschläge ungefähr das Dreifache sämtlicher von Großbritannien gemachten Vorschläge betragen.

Auch Bulgarien soll ausliefern

Wie verschiedene Morgenblätter aus Sofia melden, haben die Vertreter der Entente der bulgarischen Regierung eine Note überreicht, in der sie die Auslieferung von 507 Militärs und Zivilpersonen verlangen. Auf der Liste befinden sich u. a. der frühere König Ferdinand und sein Ministerpräsident Radzawlaw, die sich angeblich beide in Deutschland aufhalten sollen.

Milliardendefizit der französischen Eisenbahnen

Paris, 20. Okt. Wie der „Matin“ meldet, ist damit zu rechnen, daß im Laufe dieses Jahres das Defizit der französischen Eisenbahnen die Summe von zwei Milliarden Francs erreichen wird.

U.S.P. und Reformkommunisten

Berlin, 20. Okt. (Privattelegramm.) Wie die „Freiheit“ mitteilt, hat der Präsident des Reichstages entschieden, daß die von den Unabhängigen abgeplattete Gruppe Eickhorn, welche Anspruch auf die alte Bezeichnung erhebt, künftig als Fraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei (Linke) gekennzeichnet wird, während die Mehrheit den bisherigen Namen ohne Zusatz fortführt.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Halle gemeldet, daß der gestrige Halle'sche Parteitag der Unabhängigen in einer Resolution die Reichstagsabgeordneten Fritz Kuhner und Raub, die gegen den Ausschluß an Moskau gestimmt haben, aufgefordert, ihre Mandate der Partei zur Verfügung zu stellen.

Der „Berliner Sozialzeiger“ gibt eine Meldung aus München wieder, wonach die Linke der U.S.P. im Dezember mit der kommunistischen Partei einen gemeinsamen Parteitag abhalten will, auf dem die Vereinigung der beiden Parteien beschlossen und die deutsche Sektion der Dritten Internationale endgültig gebildet werden soll.

Verhinderung der deutschen Schiffe

Amsterdam, 19. Okt. „Daily Mail“ meldet, daß Lord Inchausti, der im Auftrag der britischen Regierung über die ehemals deutsche Tonnage zu verfügen hat, die laut Friedensvertrag England zugewiesen worden ist, mitteilt, daß er über 48 deutsche Schiffe verfügt hat. Der erzielte Preis betrug 4.766.975 Pfund Sterling. Das bedeutet etwas mehr als 18 Pfund Sterling für die Tonne. Kein einziges Passagierschiff und kein einziges der bekanntesten Schiffe wie „Bismarck“ und „Imperator“ haben Käufer gefunden. Die sechs größten verlaufenen Schiffe waren „Berlin“, „Mobile“, „Zepelin“, „Königin Luise“, „Prinz Ludwig“ und „König Friedrich August“.

10,8 Milliarden für die Beamtenbesoldungen

Berlin, 20. Okt. (Privattelegramm.) Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat dem Reichstag zum Gegenstand über die Minderung des Besoldungsgeleges vom 30. April 1920 eine Begründung zugehen lassen, nach der sich der jährliche Aufwand für die Besoldung der Reichsbeamten (Grundbesoldung, Orts-, Kinder- und Zenerungszuschläge, Betriebszulagen für Eisenbahnbeamte) nach dem Stand des Besoldungsgeleges vom 30. April 1920 auf über 10 Milliarden Mark stellt. Hierzu kommen bei Annahme des Regierungsentwurfes Zuschüsse in Höhe von jährlich mehr als 800 Millionen Mark. Eine Zuzug für diese Mehrkosten ist zurzeit nicht vorhanden und es wird bei der außerordentlich ersetzten Finanzlage des Reiches nicht leicht sein, sie zu finden. Jedenfalls erscheint es völlig ausgeschlossen, über den Regierungsentwurf hinaus Geld runnen in das Gefäß hineinzuarbeiten, die einen nennenswerten Mehrertrag verursachen würden.

Neue Annahmen der Franzosen im besetzten Gebiet

Strenge Brief- und Telegrammzensur in der Pfalz. Wie der „N. Bad. Landeszeit.“ geschrieben wird, erschienen vor vierzehn Tagen ein französischer Offizier und fünf Soldaten im Gebäude der Oberpostdirektion Speyer. Der Offizier bezeichnete zwei Dienstzimmer, zog seine Uhr und erklärte, innerhalb vierzig Minuten müssen diese Zimmer geräumt sein. Die Oberpostdirektion mußte sich dem Zwange fügen. Seitdem über den die Franzosen in Speyer eine rücksichtslose Kontrolle der ein- und ausgehenden Poststücke aus. Auch eingeschriebene Briefe werden geöffnet. Sämtliche Poststücke werden durch die Kontrolle eine Verzögerung von mindestens einem Tag, oft länger, wodurch die Speyerer Geschäftsverkehr schwer geschädigt wird. Die Kontrollorgane scheinen im Besitz schwarzer Listen zu sein, da die Korrespondenz einer Reihe von Personen immer wieder geöffnet wird. Der Telegrammverkehr wird von anderen französischen Soldaten überwacht. Durch eine besondere Anspaltung der telephonischen Leitungen werden die telephonischen Gespräche, besonders von und nach auswärts, mitgehört.

Neue Kohlenpreise in Sicht

Wien, 20. Okt. In der gestrigen Wirtlichkeiterversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlenverbands wurde aufgrund der den Bergarbeitern zur Regelung der Lohnverhältnisse im hiesigen Revier zuerkannten Bezüge der Vorstand ermächtigt, bei dem Reichskohlenverband eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise zu beantragen.

Kleine Nachrichten

Frankfurt a. M., 19. Okt. Der „Frankf. Ztg.“ zufolge erschienen in drei Mainzer Schulen französische Kriminalpolizei und Gendarmerie und behaupteten, daß sich in den Kellern der Schulgebäude Waffen und Munition befänden. Eine bis ins kleinste durchgeführte Untersuchung, bei der sogar Hände eingetrieben wurden, erwies die Haltlosigkeit der Behauptung.

Frankfurt a. M., 18. Okt. Die Junft der Silberarbeiter, die ihr Anwesen auf der Straße Frankfurt-Main-Geislarstraße treiben, ist um zwei Wochen armer geworden. Zwei junge Saarbrücker, ein Schachspieler und ein Schriftsetzer, seien während des Frankfurter Rennens Kriminalbeamten durch ihren wackeligen Gang auf. Was man sie abends auf dem dortigen Bahnhof sah, gingen sie nicht wadelig; man nahm sie auf die Wachtube und machte folgende Entdeckung: Unter dem Rock trug jeder der jungen Herren zunächst eine Weste mit unzähligen Taschen, in denen lauter deutsche Silbermünzen steckten. Unter den Westen kamen sodann Korsetts zum Vorschein, die ebenfalls große Mengen Münzen bargen. Jeder der Furschen trug etwa einen halben Zentner Münzen am Leibe, die sie in Frankfurter Scheidebecken aufgeschafft hatten. Die Feststellungen ergaben, daß die Leute diese Silbermünzen von Saarbrücken nach Frankfurt schon sehr oft unternommen hatten.

Berlin. Einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Mainz zufolge hat die Mainzer Arbeiterkassette infolge von Zurückhaltung und Verschiebung von Kartoffeln an die kleinste heimische Bauernstadt ein Ultimatum gestellt, zur festgesetzten Stunde ortweise 10 Zentner pro Wagen zum Preise von 25 M abzuliefern, andernfalls sie zur Selbsthilfe greifen würde.

Brüssel, 19. Okt. Der Gewerkschaftskongress sprach sich einstimmig zu Gunsten der etappenweisen Verstaatlichung der Industrien aus. Als erste zu verstaatlichende Zweige werden genannt Eisenbahnen, Seetransportwesen, Kohlenminen, Versicherungen, Kreditinstitute, Banken, Beleuchtungswesen und Kraftwerke.

Paris, 20. Okt. Der „Temps“ berichtet über einen Aufstand in Kanada, dem der ehemalige Diktator Castron nahe stehen soll. Die Stadt Victoria sei bereits in den Händen der Aufständischen.

Paris, 20. Okt. Wie die „Liberte“ mitteilt, beklagen die Bergarbeiter des Loirebeckens die Vernichtung der Kohlenförderung. Wahrscheinlich werden sich die anderen französischen Bergarbeiter dem Beklagen anschließen.

Paris, 20. Okt. Der Parteitag der französischen Sozialisten ist auf den 25. Dezember verschoben worden.

Marseille, 20. Okt. Das Zollamt fand im Gepäck eines aus Konstantinopel gekommenen armenischen Studenten Devisenwerte im Nominalbetrage von 54 Millionen Rubel, mit denen der Student in Frankreich Finanzoperationen vornehmen wollte.

Paris, 20. Okt. Für die heute zur Zeichnung gelangte neue nationale Anleihe sind, wie das „Journal“ meldet, bereits 2 1/2 Milliarden Francs gezeichnet worden. Man schließt daraus, daß die neue Anleihe einen großen Erfolg bedeuten wird.

Genève, 19. Okt. Es ist beschlossen worden, wie im vorigen Jahr am Tage des Waffenstillstandsvertrags um 11 Uhr vormittags in ganz Großbritannien zwei Minuten lang jede Bewegung zu unterbrechen.

Die nächste Spaltung

S. K. Die Spaltung der U.S.P. war schon längst vollzogene Tatsache; sie ist in Halle nur gewissermaßen öffentlich beglaubigt worden. Die deutsche Arbeiterklasse befindet sich jetzt im glücklichen Besitz von vier radikalen Splinterpartien: U.S.P. Richtung: Crispin-Redebour, U.S.P. Richtung: Däumig, Stöder-Adolf Hoffmann, K.P.D. Richtung: Dr. Levi, K.P.D. Richtung: Dr. Broh-Dr. Lamp. Die linksradikale Jugendbewegung hat uneres Wissens drei Gruppen, was ein bedauerliches Zurückbleiben hinter der Leistungsfähigkeit der Erwachsenen Arrradikalen darstellt. Von der A.M.U. (Allgemeine Arbeiter-Union), den Syndikalisten, den individuellen Anarchisten und einigen anderen Gruppen ganz zu schweigen.

Aber dieser Spaltungsprozess kann unmöglich schon abgeschlossen sein. Es wäre ja geradezu lächerlich, wenn Redebour und Hilferding auf die Dauer in einer Partei zusammen blieben. Redebour ist der große Schauvieler der Revolution, dessen einziges Interesse darin besteht, sich selbst Bombenrollen auf den Leib zu schreiben. Er hat den Januar-Rufsch von 1919 in erster Reihe mitgemacht und wenn er geschildert wäre, dann hätte Redebour sich mit der Glorie des Veranfassers und Leiters dieser großen proletarischen Revolution umgeben und darauf geschworen, daß er den Januar-Rufsch gemacht hätte, wie er bekanntlich — schlafend wie der seltsame Odysseus, als er in Ithaka landete — die Revolution vom 9. November „gemacht“ hat. Herr Hilferding aber hat diese Entfesselung des Bürgerkrieges im Proletariat durch Redebour als die „Marne-Schlacht der deutschen Revolution“ gezeichnet, und die Gefolgschaft Hilferding's hat stets diese Januarverheerung als ein Wahnsinnsunternehmen, als ein ungeheures Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse, angesehen. Die Situation vom Januar 1919 muß sich in irgend einer Form wiederholen. Immer wird Herr Redebour für ein blutiges Safard-Spiel um die Macht zu haben sein, während Herr Hilferding ebenso aus Klugheit wie aus Instinkt sich davon so weit wie möglich entfernt halten wird.

Genau die gleichen Gegensätze bestehen zwischen Rosenfeld und Hilferding, zwischen Rosenfeld und Redebour. Es wird schwer sein, in der neuen Rechts-U.S.P. auch nur ein halbes Duzend Führer zusammen zu finden, die über die allfällige Demagogie hinaus gemeinsame Wege und gemeinsame Ziele haben. Der rechte Flügel der neuen Rechts-U.S.P. hat zum Ziel die Arbeiterregierung. Trotz aller Phrasen von Diktatur und Mätherrschaft, die man praktisch nicht glaubt entbehren zu können, wäre ihm doch am wohlsten, wenn er in einer gemeinsamen Regierung mit den Mehrheitssozialisten wirklichen Einfluß auf das Schicksal Deutschlands gewinnen könnte. Der linke Flügel der Rechts-U.S.P. kennt kein sehnlicheres Ziel als Gelegenheit zu finden zur möglichst grobkörnigen Beschimpfung der Sozialdemokratie. Wieder ist ja Herr Redebour der Mann der sich gerührt hat, gelacht zu haben, als Ebert und Scheidemann nach dem 9. November die Wiederherstellung der Einigkeit des Proletariats oder, mindestens eine gemeinsame proletarische Regierung vorschlugen. „Ah, was wie an Rosenfeld überreicht dran, wenn man von ihm das Schimpfen auf die Sozialdemokratie hört.“

Ebenso wenig wird die Linke-U.S.P. auf die Dauer zusammenbleiben können. Herr Adolf Hoffmann z. B. will einfach Demagoge sein und sich von niemanden an Radikalismus übertreffen lassen. Aber Däumig und Richard Müller haben ihre besonderen Mäthgedanken, von denen die U.S.P. keine Bohne versteht. Schon die Frage der Verstaatlichung mit der K.P.D. muß die Gegensätze aufrollen und vielleicht ist der Streit um die Stellung zu den Gewerkschaften schon in den allernächsten Wochen ein Konfliktgegenstand, der zu neuen Trennungen führt. Denn die K.P.D. will zwar die Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam zertrümmern, aber sie will es nur in der Weise, daß geschlossene große Gewerkschaften wie etwa der Metallarbeiterverband sich von Amsterdam losjagen und an Moskau anschließen. Die Däumig und Richard Müller müssen aber, um mit ihrer Art der Mäthpropaganda vorwärts zu kommen, die Gewerkschaften an jedem einzelnen Ort und in jedem einzelnen Bezirk zertrümmern. Bei der ersten praktischen Aktion muß die linke U.S.P. sich in ihre Bestandteile auflösen.

Das einzige Feind, was es links von der Sozialdemokratie überhaupt gibt, ist das Geld und der Befehl von Moskau. Aber den Segen der Moskauer Bäfte hat, hat auch der Rubel und das Gold. Vielleicht kristallisiert sich um diesen Mittelpunkt eine härtere Gruppe; alles andere ist Rubel und Dummheit wie Nebelwolken und muß zerflattern. Die Spaltung links ist nicht beendet; sie hat erst angefangen. Bis ins Unendliche wird sich die Spaltung fortsetzen.

Einstweilen wird der Kampf zwischen rechter U.S.P. und linker U.S.P. mit den Mitteln entfremden, zu denen die Unabhängigen Demagogen ihre Anhänger im Kampfe gegen die Sozialdemokratie gedreht haben. In Halle haben die Reformkommunisten bereits das Parteiblatt und das Parteisekretariat beiseite und die bisherigen Redakteure

Deutschland einzutreten, während die andere sich gegen die Verschärfung der Gewerkschaften durch die russischen Kommunisten richtet und zur Umwandlung der freien Gewerkschaften in Industrieorganisationen auffordert.

Einstimmig angenommen wurde schließlich ein Manifest an das deutsche Proletariat. Die Partei stellt darin mit Verdauern den Uebertritt eines Teils ihrer Mitglieder in das kommunistische Lager und die dadurch hervorgerufene Schwächung der internationalen Arbeiterbewegung fest. Die U. S. P., so heißt es dann weiter, habe sich jederzeit für die Diktatur des Proletariats bis zur endgültigen Durchführung des Sozialismus eingesetzt, doch sei ihre Politik von den Rechtssozialisten während der Revolution vereitelt worden. Auf der anderen Seite hätten die Kommunisten durch politische Eitelkeiten und stalinische Nachahmung russischer Methoden jede gemeinsame Aktion lahmgelegt. Nach einer eingehenden Darlegung der katastrophalen Folgen, die eine Annahme der 21 Bedingungen für die Partei gehabt hätten würde, richtet das Manifest an die Arbeiterklasse die Aufforderung, gegen den Opportunismus der Rechten und Paritätulismus der Linken für eine einheitliche Politik im Kampf um konkrete Ziele bis zur Entscheidung um den Besitz der politischen Macht einzutreten.

Eine Abrechnung mit der bisherigen Politik der U. S. P. war die Rede Breitschids, der seinen Genossen erklärte, daß sie bisher zu sehr davon träumten, radikale Bräsen gewesen seien, und dem deutschen Volk nicht die Wahrheit über die wirklichen Zustände im „kommunistischen“ Ausland gezeigt hätten. Auch in Deutschland selbst habe man sich immer erst gefragt: „Was werden unsere Kommunisten dazu sagen?“ Die Presse, sowie der gesamte Propaganda-Apparat der U. S. P. müsse gerade in diesem Sinne umgestellt werden, da es die alten Fehler nicht wieder machen dürfe!

Das interessanteste ist aber, daß der Parteitag diese Strafbildung ruhig über sich ergehen ließ, ja, sogar dem Redner noch laute Zustimmung spendete. Ob die unabhängigen Vertreter in Anbetracht der depressierenden Wirkung ihrer Politik, die ihnen am Samstag so greifbar vor Augen geführt wurde, so viel Selbstkenntnis gewonnen haben, daß sie sich bereits auf dem Wege zur Besserung befinden? Für das deutsche Proletariat wäre dies ein Vorteil.

Der langjährige Abgeordnete des holländischen Reichstages Aunert, nahm von seinen seit reitlos nach Moskau abgewanderten Genossen mit bewegten Worten Abschied und bezeugte die Trennung als das Wert von Moskau. Für den „sonderbaren heiligen“ Sinowjew fand er keinen parlamentarischen Ausdruck. Er bezeugte die jegliche Stimmung in der holländischen Arbeiterklasse als eine Massenagitation, durch welche die zu einer sozialisierten Menge „Gläubiger“ geworden seien, die ihren ganzen Glauben auf das „ex oriente lux“ aufbauen.

In diesem Sinne sprachen fast alle übrigen Redner und sie haben damit nur der Stimmung Ausdruck, die über dieser Verhandlung lastete.

Die Vorstandswahlen führten zu folgendem Ergebnis: Vorsitzende: Crispian und Ledebour, Sekretäre: Wittmann und Luise Bieb, Kassierer: Brück, Künzler, Wofes, Ananowich, Rosenfeld, Schneider und Matzke Ludwig, Toni Senner und Simon. Kontrollkommission: Lore Agnes, Rod, Fruch, Magdeburg, Rüh-Stil, Karsten-Peine, Schwarz-Mannheim und Robert Wengels.

Die U.S.P. im preussischen Landtag
 Berlin, 20. Okt. Der Ausschuss der preussischen Landtagsversammlung hat entschieden, daß die Fraktion der U.S.P. als aufgeführt zu betrachten sei. Ihren bisherigen Mandatnehmern wurde anempfohlen, eine Liste mit mindestens 15 Unterschriften und ein Programm einzurichten. Diese Mandatnehmer würden dann als selbständige Fraktion anerkannt werden und dürften sich ihren Namen selbst wählen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Oktober.
 Präsident Loebe eröffnete die Sitzung um 14 1/2 Uhr. Am Ministertisch sind der Vizekanzler und der Reichsjustizminister anwesend.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Unabhängigen auf

Aufhebung des Ausweisungsbefehls

gegen die beiden Russen Sinowjew und Rosowski.
 Abg. Rosenfeld (U.S.P.) begründet den Antrag gegen den Ausweisungserlass. Der Redner wandte sich besonders gegen den preussischen Minister Ebering, der den Wünschen der Reichsregierung bereitwillig entsprochen habe, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, seinen Erlass zu begründen. (Die Ausführungen des Redners werden von vielfachen Zwischenrufen unterbrochen und führen zu großen Unruhen des Hauses.) Die sozialdemo-

Die Hand des Kranken

Sie ist wie viel andere Körperteile für den Arzt eine Art Siedriß, der ihm ohne Wissen des Patienten oft schon beim Gruß einen gewissen, oft sogar einen sicheren Aufschluß über dessen wirkliches Befinden gibt. In seinem toben erscheinenden großen „Reichthum der Perfusion und Auskultation“ schilbert Professor Götsch in überaus anregender Weise, wie die Hand des Kranken durch ihre Form, die Ausbildung der Gelenke und Muskulatur Anhaltspunkte für unsere Auffassung von dem Bau und der Muskulatur des übrigen Körpers verrät. Die Hand ist für den intelligenten Blinden das beste Mittel, um sich von dem ganzen vor ihm stehenden Menschen eine vorläufige Vorstellung zu machen. Wie weit das geht, mag man sich selbst vorgekommene Fälle zeigen, daß ein Blindler, mit dem ich öfter zusammen gekommen war, nach einjährigem Nichtwiedersehen bei der ersten Begegnung und herzlichem Händeschütteln sagte: „Es geht Ihnen besser, Sie haben wieder zugenommen“. Am wie viel mehr sagt die Hand dem Sehenden, besonders dem Arzt. Götsch sagt: „Die Hand des Kranken verrät uns, ob sie viel schwere Arbeit leistet oder gelähmt hat, oder ob sie nicht an festes Jוגreifen gewöhnt ist. Die Hand des reich gewordenen mühsigen Handwerkers und des verarmten Handarbeiters leistenden Gehilfen behält ihr Gepräge. Die Hand läßt uns erkennen, ob sie jedem Wetter ausgesetzt oder vorstellig vor allen Unbilden geschützt war. Die kalte und feuchte Hand zeigt ohne Worte von Arteriosklerose, Rheuma, die zusammen mit anderen Erscheinungen ins Gebiet der motorischen Neurose gehören und deshalb von allgemeiner klinischer Bedeutung für uns sind. Die Venen der Hand weisen uns einen wichtigen Hinweis auf die Weite des Kreislaufsystems und ihre Füllung. Die Venen werden auch bei peripherischen Gefäßkrämpfen, so beim Schüttelfrost, zusammengezogen. Sie dehnen sich zu dicken Strängen bei ungenügender Tätigkeit des Organs, doch muß bemerkt werden, daß individuell große Verdricktheiten bestehen. Bevor man auf diese großen Saugarterien auf eine nervöse Störung achtet, wird man fragen, ob die dazu gehörende Stauung der Gefäße, kenntlich an der blauen roten Hautfarbe der Hand, vorhanden ist. Bekannt sind die Veränderungen, die die Hand bei Nervenkrankheiten durch gewerbliche Schädigungen, infolge von Vibration, Schmalzsmut und Hautleiden erfahren kann. Die krankhaften Bewegungen der Hände, insbesondere das als „Fingerzittern“ bekannte „Händezittern“ schwer Fieberkranker

starke Arbeiterkraft protestiert energisch gegen die Ausweisung, weil sie jede terroristische Maßnahme verabscheut. Man sehe doch endlich von dem Terror gegen eine sich durchsetzende geistige Bewegung ab. (Stürmische Heiterkeit.) Ein neuer Geiß muß in Deutschland einziehen. (Ermute stürmische Heiterkeit.)

Minister des Innern Dr. Simons gibt einen Ueberblick über die Vorgeschichte der Zulassung der russischen Delegierten: Im Anschluß an den Besuch einer linkslebenden deutschen Mission in Sowjetrußland sei der Besuch einer entsprechenden russischen Delegation in Aussicht gestellt worden. Dementprechend sei drei russischen Gewerkschaftsführern die Einreise gestattet worden und zwar auf vier Wochen. Eine Aufforderung, diese Frist auf elf zu erhöhen, sei abgelehnt worden, zumal eine Kommission deutscher Gewerkschaftler ausdrücklich erklärt hatte, einen Zweck habe nur die Anwesenheit bestimmter Gruppen von Gewerkschaftlern. Diesem Wunsch entsprechend sei noch vier Herren der Gewerkschaftlerlaubnis erteilt worden. Erhöhen seien in Hamburg auch die nicht zugelassenen Delegierten eingetroffen. Man habe diese dort zurückgehalten, und sie hätten die Gelegenheit zu ausgiebiger Agitation ausgenützt. Den übrigen Herren sei zur ausdrücklichen Bedingung ihrer Zulassung gemacht worden, daß ihre Verbotsbedingungen nur gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Charakter tragen dürften, aber keinerlei Nebenpolitische Art gehalten werden sollten. Das hat sie nicht abgelehnt, dies doch zu tun, und so mußte dem Treiben des Herrn Rosowski Einhalt getan werden. Eine Verlängerung seines Aufenthalts konnte nicht mehr in Frage kommen. Aber da er nach Italien weiterreisen wollte, wollten wir ihn auch nicht sofort anreisen. Inzwischen hat Herr Rosowski sich weiter über die Vorschriften hinweggesetzt. Statt, wie ihm aufgegeben war, in Berlin zu bleiben, ist er nach Halle gegangen. Nun blieb uns nichts weiter übrig als die preussische Regierung um seine Ausweisung zu ersuchen. Den Beweis dafür, daß er entgegen den Zulassungsbedingungen politische Reden gehalten hat, kann ich hier nicht erbringen. Inzwischen kam auch aus Italien der Bericht, daß er dort nicht zugelassen wurde, und so blieb nur die Rückkehr nach Rußland offen. Was den Fall Sinowjew anbelangt, so ist ihm und einem anderen Delegierten, der aber nicht gekommen ist, auf Wunsch der unabhängigen Partei die Erlaubnis zur Einreise erteilt worden. Der Inhalt seiner Worte ist so allgemein bekannt geworden. Das Kabinett konnte ja nicht anders, als sein weiteres Auftreten zu verhindern. Der Minister gibt an, daß das Verbot eines Fremdenrechts eine Idee der deutschen Gewerkschaften sei und daß es Sache des Reichstages sein werde, diese Idee zu schließen. Für deutsche Arbeiterkraft aber bene er das Vertrauen, daß sie auf die Dauer erkennen werde, daß die Methoden Rußlands nicht die unseren seien. Wie aber eine Partei sich „die Unabhängigen“ nennen könne, die die Abhängigkeit von Moskau so deutlich behende, verliere er nicht. Der Redner schließt mit einem Hinweis auf den festen Glauben des deutschen Volkes an die Zukunft des russischen Volkes.

Abg. Venzke (Z.) bedauert das Fehlen eines Fremdenrechts und empfiehlt ein Abrecht ähnlich wie es die Vereinigten Staaten besitzen.

Abg. Wulle (D.M.) schildert die Tätigkeit des Herrn Agelbaum (Sinowjew), der mit Wofes und Tscholaj in Rußland ganze Städte heimfuchte. Ihm sei in Halle selbst das Wort „Bund“ zugefallen worden. Die Mehrheit des deutschen Volkes habe das Verhalten der Regierung für eine selbstverständliche Pflicht gehalten. Zu bedauern sei nur, daß die Leute überhaupt ins Land gelassen habe. Jedenfalls müsse der Ausweisungsbefehl auch sofort vollzogen werden. Wir verlangen die Ausweisung aller Elemente des Auslandes, die unter Vorkriegsbedingungen und aus diesem ein Verdricktheiten holländischer jüdischer Elemente machen wollen.

Abg. Dr. Bell (Z.) sprach die Ablehnung des Antrages aus und fordert ähnlich wie Abg. Venzke ein internationales Übereinkommen in Sachen des Fremdenrechts. Er begründet es, daß sich die Regierung in ihrem Bestreben, mit Rußland wieder auf einen guten wirtschaftlichen Fuß zu kommen, ohne Rücksicht auf parteipolitische Erwägungen in ernstliche Unterhandlungen eingelassen habe.

Abg. Marckly (D.M.) spricht die Anwendung der bestehenden Gesetze gegen diejenigen, die zur kommunistischen Revolution aufzuregen. Das wird der Massenagitation am besten entgegenwirken.

Abg. Terlen (Dem.) hält das Verhalten der Regierung für jadis richtig und politisch gerechtfertigt.

Abg. Aonen (U.S.P.) entzieht Sinowjew den Grund, den die deutsche Arbeiterkraft ihrem bewährten Führer schulde. (Großer Beifall.) Er dankt ihm für das Vorbild, das er durch seine multilingualen Verwaltung in Petersburg gegeben habe. Das Ernährungs- und Wohnungsproblem habe er gelöst (Stürmische Heiterkeit). Alle Schaurmärdchen der Volkswirtschaft seien Plänen der antiholländischen Liga. Als Redner die Rechte, die Kaiser und Könige für die Wunden der Arbeiter verantwortlich macht, erhebt sich großer Beifall und Zurufe. Die Rechte hat Terrorismus verübt, als sie die Arbeiterhitze vergossen. (Stürmische Unterbrechungen, Glade des Präsidenten.) Redner dankt

Herrn Vigdor Kopp für seine Bemühungen, die wissenschaftlichen Beziehungen zu Rußland wieder anzuknüpfen. Umso bedauerlicher sei es, wenn die Abgeordneten der Rechten teils aus Unkenntnis, teils aus Absicht, hier Rußland beschimpfen. Sinowjew sei ein echter Russe und habe niemals Apfelbaum geüßelt. Dem Antrag werde keine Partei unterstehen, lege ihm aber keine Bedeutung bei. Was die Rechtslage anbelange, so sei sie wenigstens im Falle Sinowjew klar. Dieser sei ausdrücklich zum Parteitag gekommen und in keiner Weise gebunden gewesen, und daß er russisch sprechen würde, leuchte ein. Die gesamte Presse wurde von der „Rechten“ bis zu Herrn Wulle stimmte in das Butegehrte gegen ihn ein. Da pat die Regierung nach. Nun soll ein Ausnahmengesetz kommen. Redner wendet sich gegen die Behauptungen, daß Sinowjew und Rosowski Unterdrücker seien. Wenn Sinowjew wirklich Blut vergossen habe, dann habe er es zum Besten der Arbeiterkraft gegen die Bourgeoisie getan. Das Schlußwort erhält der Abg. Ledebour (U.S.). Das Recht der freien Meinungsäußerung werde nicht an der Frage scheitern, ob der Betreffende Heimatberechtigter sei. Das Strafgesetz könnte nicht zur Anwendung gelangen, weil nicht in der Rede Sinowjew geäußert habe, was strafbar gewesen sei. Mit Gewalt könnte man keine geistige Bewegung vor machen. Daher sei er gegen alle terroristischen Gewaltmaßnahmen, möchten sie von Herrn Karoff in Wisnards Militärkaserne oder von Herrn Aonen, dem Kommunisten kommen, der Herrn Sinowjew so als unzulässigen Gelegenheitsterroristen geschildert habe. Aber Herr Sinowjew muß hier bleiben, damit der deutsche Arbeiter endlich von ihm lernt. Das ist der Grund unseres Antrages. Zum Schluß kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen ihm und den Kommunisten über die Vorgeschichte des Antrages, die wiederholt zu stürmischen Unterbrechungen (große Heiterkeit) und viel Zwischenrufen Anlaß gab.

Nach einer Reihe persönlicher Auseinandersetzungen zwischen dem Kommunisten Dr. Lenz und dem Abgeordneten Ledebour (U.S.) wird der Antrag der Unabhängigen abgelehnt. Die Verlage gegen die Kapitalflucht wird einem Ausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 27. Oktober, 1 Uhr. Tagesordnung: Interpellation wegen der Beschlagnahme der Dieselmotoren. Schluß 6 Uhr.

Indischer Landtag.

1. Öffentliche Sitzung.
 Wiederwahl des Präsidiums — Bildung der Ausschüsse
 gr. Karlsruhe, 20. Oktober.

Der bisherige Präsident Dr. Kopp eröffnete die Sitzung um 3 1/2 Uhr unter Begrüßung der zahlreich erschienenen Abgeordneten mit dem Hinweis, daß vor 100 Jahren am 18. Oktober 1820 der Grundstein des Staates in der hiesigen Landtag weiter am Aufbau unseres Landes mitzuarbeiten! Vor allem sind vom letzten Landtag noch 12 Gesetzentwürfe zu erledigen, wozu noch eine Reihe Mitteltunnen des Staatsministeriums und verschiedene Anträge sowie 44 Petitionen kommen.

Nach Bekanntgabe der zahlreichen Eingänge, darunter die Mandatsniederlegung der Frau Blatenius (Dem.) an deren Stelle Dr. Vof, prakt. Arzt in Mühlheim (Dem.) tritt, folgt die

Wahl des Präsidiums.
 Die Wahl erfolgt durch Zuzug in folgender Weise: Präsidium: Dr. Kopp (Str.). 1. Vizepräsident: Maier-Weidberg (Soz.), 2. Vizepräsident: Jhrig (Dem.), Schriftführer: von Weidenstein (Str.), Richter (Soz.), Köhlin (Dem.), Schwybe (D.M.).

Darauf folgte die Bildung der Ausschüsse des Landtags gemäß den Vorschlägen der Parteien, die sich in einer Pause der Sitzung sofort konstituierten. Haushaltungsaussch.: Vof, Marum (Soz.), stellb. Vof, Glodner (Dem.), Geschäftsaussch.: Vof, Köhlin (Dem.), stellb. Vof, Ged (Soz.), Verfassungsaussch.: Vof, Glodner (Dem.), stellb. Vof, Wittenmann (Str.), Petitionsaussch.: Vof, Horter (Soz.), stellb. Vof, Schneider (Str.), Eisenbahn- und Straßenaussch.: Vof, Duffner (Str.), stellb. Vof, Köhlin (Dem.), Kultus- und Verwaltungsaussch.: Vof, Köhlin (Str.), stellb. Vof, Strobel (Soz.).

Um 5 3/4 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Der Präsident bestimmt den Termin der nächsten Sitzung.

Den Ausschüssen des hiesigen Landtags gehören folgende Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion an:

1. Haushaltungsaussch.: Kiecklich, Gahn, Maier, Marum, Stodinger, Weismann. Stellvertreter: Strobel, Frau Fischer, Arnold, Häffig, Morhoff, Kaufch.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Das Orchester des Landestheaters

Man schreibt uns: Anlässlich der Veranstaltungen in der „Reichlichen Woche“ war das Landestheaterorchester Gegenstand aufdringlicher Erörterungen seitens der beschiedenen, in Karlsruhe zum Teil erstmalig zu Worte gekommenen Tonkünstler. Diese ärgerten sich nicht nur mündlich über die nicht oft genug ausgedrückte rühmende Leistungsfähigkeit des Orchesters. Der Komponist der „Nisibis“, Professor Friedrich Klose war von der orchesterlichen Wiedergabe seines Werkes voll des Lobes. Das Orchester an Klangschönheit und Ausdrucksfähigkeit immer besser wurde, habe er beim Anhören seiner Oper erneut bestätigt gefunden. Eine wahre Freude sei es für ihn gewesen, mit welcher Aktualität die dynamischen Schwierigkeiten seiner Partitur bewältigt wurden. Jeder Ton, jeder Akkord arme Leben. Seine Worte ähnelten in dem Ausdruck: „Willi, wenn du wissen, wie mußst du werden, so möge es sich das Karlsruhe Orchester anhören!“

Georg Jäger, dessen 3. Sinfonie zu Gehör kam, äußerte sich in einem Brief an den Operndirektor folgendermaßen: „Gestatten Sie mir, Ihnen und allen Herren des Orchesters des Bad. Landestheaters von ganzem Herzen zu danken für die wunderschöne Aufführung, die sie meiner Sinfonie zu Teil werden ließen. Ich habe dies Werk von einer Anzahl erstklassiger Orchester gehört, aber gefehlt, die im Punkte der Feingliederung und eines zart abgeleiteten, auch im kraftvollen Ausdrucke ist diese Aufführung als eine die besten Anforderungen erfüllende bezeichnet muß. Was ein gelungenes Gefühl verleiht, daß eine so wundervolle Künstlerkorporation durch äußere widrige Um-

stände geschwächt oder gar zersprengt werde.“ — Der Komponist des „Simon“-Vorspiels, Franz Philipp, schreibt dem Orchester u. a.: „Ich erlaube mir, Ihnen und allen Herren des Landes-theaterorchesters nachträglich nochmals meinen aufrichtigen, tiefgefühlten Dank auszusprechen für Ihr unsagbar schönes Spiel, mit dem Sie mein „Simon“-Vorspiel betrugten. Eine solche Anpassungsfähigkeit, Kraft, Fülle und gleichzeitige Geschmeidigkeit habe ich noch selten erlebt.“

Diese Tatsachen und Anerkennungen hervorragender Musiker sprechen wohl für sich allein, daß das Orchester, trotz der äußeren Einwirkungen, die den deutschen Orchestern allseits gerade in der gegenwärtigen Zeit der wirtschaftlichen Niedertiefen entgegenstehen, nicht nachläßt, die Tradition einer ruhmvollen Vergangenheit zu wahren und zu fördern. Weist nur noch der Wunsch offen, daß die Orchestermitglieder von maßgebender Stelle endlich von den drückendsten Sorgen um ihre Zukunft befreit werden.

Ausschließend wollen wir es nicht versäumen, auf die unerreichte Höhe des hiesigen Orchesters hinzuweisen, die von den bedeutendsten Musikern und Komponisten anerkannt und gerühmt wird. Ein jedes der Mitglieder ist in seiner Art eine scharf umrissene und ausgeprägte Künstlererscheinung und in der Gesamtheit findet sich das Orchester zu einer Gemeinschaft zusammen, die höchsten künstlerischen Anforderungen der Opern- und Konzertmusik in seltener Vollendung gerecht wird. Neben der herrlichen Wagner- und Mozartinterpretation sei der hervorragendsten Wiedergabe Beethovenischer Werke gedacht, wie auch der besonders bemerkenswerten Vermittlung moderner Werke. Eine solche Körperkraft in irgend einer Weise zu beeinträchtigen, wäre eine Sünde nicht nur an der Kunst überhaupt, vielmehr an der Kunststadt Karlsruhe im Besonderen. Das vor allem mögen die sich vergegenwärtigen, denen irgendeine Entscheidung in dieser Sache anheimfällt.

Bad. Landestheater. Als Kinderdarstellung gelangt zum ersten Male am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Landestheater „Dornröschen“, ein Märchenstück von drei Akten von Robert Pürkner, zur Aufführung. Wie noch unerlässlich, fand im Vorjahre hier das vom gleichen Verfasser stammende „Mottäppchen“ außerordentlich lebhaften Anklang. Die für Pürkners Märchen charakteristischen Merkmale haben inzwischen sowohl „Mottäppchen“ als auch die übrigen bisher erschienenen Märchenstücke schon in über 100 Städten große künstlerische Erfolge eingetragen. — Am Freitag, den 22., ge-

erwähnen, daß die Hand des Kranken ein Siedriß ist, der ihm ohne Wissen des Patienten oft schon beim Gruß einen gewissen, oft sogar einen sicheren Aufschluß über dessen wirkliches Befinden gibt. In seinem toben erscheinenden großen „Reichthum der Perfusion und Auskultation“ schilbert Professor Götsch in überaus anregender Weise, wie die Hand des Kranken durch ihre Form, die Ausbildung der Gelenke und Muskulatur Anhaltspunkte für unsere Auffassung von dem Bau und der Muskulatur des übrigen Körpers verrät. Die Hand ist für den intelligenten Blinden das beste Mittel, um sich von dem ganzen vor ihm stehenden Menschen eine vorläufige Vorstellung zu machen. Wie weit das geht, mag man sich selbst vorgekommene Fälle zeigen, daß ein Blindler, mit dem ich öfter zusammen gekommen war, nach einjährigem Nichtwiedersehen bei der ersten Begegnung und herzlichem Händeschütteln sagte: „Es geht Ihnen besser, Sie haben wieder zugenommen“. Am wie viel mehr sagt die Hand dem Sehenden, besonders dem Arzt. Götsch sagt: „Die Hand des Kranken verrät uns, ob sie viel schwere Arbeit leistet oder gelähmt hat, oder ob sie nicht an festes Jוגreifen gewöhnt ist. Die Hand des reich gewordenen mühsigen Handwerkers und des verarmten Handarbeiters leistenden Gehilfen behält ihr Gepräge. Die Hand läßt uns erkennen, ob sie jedem Wetter ausgesetzt oder vorstellig vor allen Unbilden geschützt war. Die kalte und feuchte Hand zeigt ohne Worte von Arteriosklerose, Rheuma, die zusammen mit anderen Erscheinungen ins Gebiet der motorischen Neurose gehören und deshalb von allgemeiner klinischer Bedeutung für uns sind. Die Venen der Hand weisen uns einen wichtigen Hinweis auf die Weite des Kreislaufsystems und ihre Füllung. Die Venen werden auch bei peripherischen Gefäßkrämpfen, so beim Schüttelfrost, zusammengezogen. Sie dehnen sich zu dicken Strängen bei ungenügender Tätigkeit des Organs, doch muß bemerkt werden, daß individuell große Verdricktheiten bestehen. Bevor man auf diese großen Saugarterien auf eine nervöse Störung achtet, wird man fragen, ob die dazu gehörende Stauung der Gefäße, kenntlich an der blauen roten Hautfarbe der Hand, vorhanden ist. Bekannt sind die Veränderungen, die die Hand bei Nervenkrankheiten durch gewerbliche Schädigungen, infolge von Vibration, Schmalzsmut und Hautleiden erfahren kann. Die krankhaften Bewegungen der Hände, insbesondere das als „Fingerzittern“ bekannte „Händezittern“ schwer Fieberkranker

2. Geschäftsbearbeitungsausschuss: Ged. Müller-Paten, Wehner, Großhans, Nisch. (Stellvertreter: Kruschbach, Melkert, Kahn, Weber, Kurz.)

3. Ausschuss für Gesunde und Beschwerden: Gortler, Arnold, Kruschbach, Kurz, Frau Blase, Klein. (Stellvertreter: Fichtner, Wechold, Richter, Goman, Kellert, Frau Regenscheid.)

4. Ausschuss für Justiz und Verwaltung: Ged. Strobel, Weber, Kaufsch, Richter, Kahn. (Stellvertreter: Maier, Heidelberg, Marum, Markloff, Fichtner, Nisch, Müller-Paten.)

5. Ausschuss für Eisenbahnen und Straßen: Kellert, Wehner, Klein, Häflich, Wechold, Richter. (Stellvertreter: Kurz, Müller-Paten, Arnold, Frau Blase, Stodinger.)

6. Verfassungsausschuss: Frau Fischer-Karlruhe, Maier, Heidelberg, Weismann, Marum, Markloff, Strobel, Goman. (Stellvertreter: Dr. Kraus, Häflich, Richter, Kruschbach, Großhans, Arnold, Weber.)

7. Schulausschuss: Dr. Königberger, Dr. Kraus, Wehner, Frau Blase, Strobel, Markloff. (Stellvertreter: Maier, Marum, Richter, Großhans, Stodinger, Weismann.)

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich wie folgt konstituiert: 1. Vorsitzender: Marum, 2. Vorsitz: Maier-Heidelberg, 3. Vorsitz: Markloff; Schriftführer: Richter und Kahn; Kassier: Kaufsch; Beisitzer: Frau Blase.

Im Seniorenlager wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion vertreten durch die Abg. Marum, Maier-Heidelberg und Markloff. (Stellvertreter: Weismann, Kaufsch und Gortler.)

Dem Landtag ging eine Interpellation Fejn (Dem.) und Weichaupt (Ztr.) zu, die sich beide mit der Elektrizitätsversorgung befassen. Ferner ging eine förmliche Anfrage der Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) und Gen. ein, die einen Bericht darüber verlangt, ob und welche Verfehlungen bei dem Sagenstichunternehmen vorliegen.

Badische Politik

Die badischen Grundherren und das feindliche Ausland

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgende kurze Anfrage eingereicht:

„Ist dem Staatsministerium bekannt, daß die badischen Grundherren sich an das bisher feindliche Ausland gewendet haben, um mit Hilfe des dortigen Finanzkapitals ihre Güter vor Versteigerung und vor Sozialisierung zu schützen? Ist das Staatsministerium in der Lage, etwaiges Material hierüber dem Landtag zur Kenntnis zu bringen?“

Die „Badische Landeszeitung“

Die die Sorte bürgerlicher Demokratie alltäglich schändet, die an den Mann zu bringen der „erzelltente“ spiritus rector des Blattes aus mancherlei Gründen gegenwärtig für zweckmäßig hält, ist fuchstufelwidrig auf den „Volksfreund“. Das ist für uns sehr erfreulich, wie es unerträglich wäre, wenn das Blatt auch nur eine Sekunde an uns Gefallen finden könnte. Das Blatt und sein spiritus rector glauben offenbar, die Zeit werde nicht mehr fern sein, wo ein braves und konnettes Bürgertum gemeinsam gegen die Sozialdemokratie bei Wahlen geführt werden könne. Es besitt sich daher, sich landauf und landab rechtzeitig in empfehlende Erinnerung zu bringen als der Mittelstreiter im Kampfe um Befreiung von den „voten Ketten“, der den kleinsten und widerwärtigsten Teil der Arbeit in diesem Kampfe zu verrichten bereit ist, sofern die anderen nur erlauben, daß diese Sorte Demokratie, die von der „B. L.“ vertreten wird, dabei sein darf. Die „B. L.“ bemüht sich daher ganz auffällig, die ins bürgerlich-demokratische überlebte „Süddeutsche Zeitung“ zu werden. Aber das ist halt nicht ganz leicht, denn das Stuttgarter nationalistische Organ verfügt wenigstens über robuste Kraft und über ein Quantum von Mut, die erhaltungsgemäß bisher weder den „erzelltente“ spiritus rector noch die gar so kleinen Geister in der Hirschstraße 9 auszeichnen. Die Kraft dieser kleinen Geister reicht gerade noch aus, um dem preußischen Landtagsabgeordneten Heilmann in den Eisenstopp zu gucken und zu schnuppern, was Heilmann im Kopfe haben kann. Aber die „B. L.“ traut sich sogar noch mehr Kraft zu: sie hat angeblich Material gesammelt, das die Theorie und Praxis in der Stellung führender Sozialdemokraten zur Zwangswirtschaft interessant beleuchten kann. Bitte, nicht genießen, wir ertragen diese Beweisführung fieberlich und sind eventuell gern bereit, das einmal dann angeschaltene Kapitel um einige nicht uninteressante Seiten zu bereichern. Also, losgeschossen, ihr Herren Demokraten!

Doch, das nur nebenbei. Wichtiger ist, daß unter der Führung des „erzelltente“ spiritus rector der „B. L.“ ein Teil der badischen Demokraten nach Wadenbeihermanier den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnehmen will, weil dieser Teil der badischen Demokraten das als einzigen Ausweg ansieht, aus der verteuerten Lage, in die die bürgerliche Demokratie durch ihre Schwäche und durch ihre Kalküle hineingeraten ist. Die Rolle, die die bürgerliche Demokratie in der Reichspolitik spielt, ist sicherlich nicht geeignet, Zukunftsaussichten für die kommenden Wahlen zu eröffnen. Und im Lande Baden darf man das gleiche konstatieren. Ein Teil der badischen bürgerlichen Demokraten versucht sich deshalb bei den anderen bürgerlichen Parteien anzuschließen und glaubt, durch politische Wadenbeihereien gegen die Sozialdemokratie den Anschluss zu erreichen. Zu diesem Geschäft ist nun die „B. L.“ besonders auszuheften, denn man kann sie glatt fallen lassen, wenn nicht kommt, man kann sie aber auch zu jeder Tätigkeit bei diesen Versuchen benutzen. Das haben wir dem Blatte schon wiederholt zu verstehen gegeben, weshalb es so wütend auf uns ist. Wir sehen diese Entwicklung gar nicht einmal ungen, denn es kann für die Sozialdemokratie nur von Nutzen sein, wenn immer deutlicher sich zeigt, daß die lebensnotwendige Demokratie lediglich von ihr erschaffen und ernstlich verteidigt wird, neben wenigen bürgerlichen Elementen, die aber mit der „B. L.“ und ihrem geistigen Leiter nicht viel gemein haben. Wir hoffen somit, daß die „B. L.“ auf dem eingeschlagenen Wege weiter dahin tollt. Das uns natürlich nicht abfallen darf, zu zeigen was ist. Und das wird noch ausreichend geschehen.

Beginn der Arbeiten zur Redaktionsalisierung. Mit den Arbeiten zur Redaktionsalisierung ist in der Badenburgerstraße seit langst Wagners „Lohengrin“ mit Frau Bott-Sajth und Frau Berner-Zwisch zur Ausführung. Den Herrufer singt erstmalig Herr Kamann, ein jüngerer Sänger, der seit Beginn der Spielzeit dem Landestheater angehört. — Am Sonntag, den 24., wird Verdis „Rigoletto“ aufgeführt, wobei Herr Wöber erstmalig die Titelpartie singt. Die Wida singt wie in früheren Jahren Frau von Ernst, den Herzog Herr Schwerdt. Die Magdalena singt die vor Kurzem in der „Butterfly“ mit Erfolg aufgetretene Altitin Fräulein Gertrud Reibiger. — Am Donnerstag findet anstatt des Möriere-Abends eine Schülervorstellung von „Martha“, Abt. B. statt. Es wird gebeten, die für den Möriere-Abend gelösten Eintrittskarten alsbald an der Kasse zurückzugeben. Beginn 7 1/2 Uhr.

10 Tagen begonnen worden. Die Zahl der Beschäftigten wird nach einer Mitteilung der Presseabteilung des Ministeriums des Innern in den nächsten Wochen auf 2 bis 300 gesteigert werden. Die zunächst ausgeschriebenen Erdarbeiten umfassen die Ausschachtung und Bewegung von etwa 60 000 Kubikmeter Boden. Außerdem werden die ersten Steinlieferungen in den nächsten Tagen ausgeschrieben.

Aus dem Lande

Durlach

Sozialdemokratische Partei. Freitag, 22. d. M., abends 8 Uhr, findet im „Kamm“ eine Mitgliederversammlung mit Berichterstattung vom deutschen Parteitag statt. Berichterstatter ist der Genosse C. Graf (Wörzheim). Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, recht zahlreich und auch pünktlich zu erscheinen.

1. Emmendingen, 18. Okt. Auf das Gerücht einer angeblichen Zuleistungsbeschlagnahme die hiesige Arbeiterchaft am Bahnhof Emmendingen eine größere Zuleistungsaktion, und führte diese in das Rathaus über. Wie die „Freischafter Nachr.“ erfahren, ist der Zuleister für die Winger des badischen Oberlandes zur Weingüterung bestimmt. Derselbe sollte von Emmendingen aus an die einzelnen Reborte bis über Mühlheim hinaus zur Verteilung kommen.

Heidelberg, 18. Okt. Bei Schlierbach ließ sich eine ungefähre 27-jährige Frau von einem Zuge überfahren und wurde auf der Stelle getötet.

Mannheim, 20. Oktober. Die 35-jährige Ehefrau eines hiesigen Bahnarbeiters trank eine giftige Substanz aus Nachwuchs zu beteuigen und ist dem Gift erlegen.

Taubertshausen, 18. Okt. Durch Vermittlung der Zentrale der landw. Lagerhäuser des bad. Frankenlandes sind in 100 Eisenbahnwagen etwa 100 000 Zentner Karlofeln bisher abgefordert worden.

Neuer Fahrplan für die staatlichen Kraftwagenlinien. Mit Gültigkeit vom 24. Oktober d. J. tritt auf den staatlichen Kraftwagenlinien ein neuer Fahrplan in Kraft. Die Verkehrszeiten werden in den Bahnhöfen und an den Haltestellen bekannt gemacht.

Eisenbahnunglück

Singen a. S., 21. Okt. Heute früh 6 Uhr 30 Min. entgleiste ein von Konstanz kommender Eisenbahnzug. 13-14 Wagen wurden mehr oder weniger demoliert. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 30 Personen verletzt. Die Ursache ist noch nicht ermittelt.

Gerichtszeitung

Schwurgericht Karlsruhe.

Gestern fand die Verhandlung gegen die Fabrikarbeiterin Luise Bischoff aus Mühlburg wegen Mordmordes statt.

Die Angeklagte ist beschuldigt, am 14. Mai bei ihrer Vernehmung vor dem Amtsgericht zu Karlsruhe als Zeugin in einem Unterhaltungsprozeß zugunsten ihres unehelichen Kindes vorfalsch einen Meineid geleistet zu haben. Die Angeklagte ist 25 Jahre alt, sie hat drei uneheliche Kinder, wovon eines am 1. Oktober 1914, eines am 20. Oktober 1916, und das dritte am 21. März 1918 geboren ist. Das erste Kind wurde von seinem Vater anerkannt, das zweite wurde von einem Soldaten in der Gasse als sein Kind anerkannt, später wurde aber dieses Ansehen mit ihm widerrufen, so daß jetzt über die Vaterchaft des Kindes ein Prozeß bei dem Amtsgerichte in Heidelberg schwebt. Wegen der Anerkennung der Vaterchaft des dritten Kindes wurde von dessen Vormund ein Prozeß beim Amtsgericht in Karlsruhe anhängig gemacht. Als Kindesvater war ein junger Mann verurteilt worden, der während des Krieges als Soldat hier diente.

Der Prozeß war bereits im Jahre 1918 anhängig gemacht worden, er wurde mehrfach vertagt und konnte erst nach Schluß des Krieges wieder aufgenommen werden. In dem Gerichtsverfahren am 14. Mai hatte die Bischoff beschworen, nur Beziehungen zum dem Manne gehabt zu haben, den sie als den Vater des Kindes bezeichnete. Im Gegensatz hierzu bekundete in dem Prozeß ein Zeuge, daß er ebenfalls mit der Bischoff in der gesetzlichen Empfängniszeit verkehrt habe. Das Gericht verurteilte eine große Anzahl von Zeugen, deren Aussagen keine erfreulichen Bilder aus dem Leben und Treiben eines Teiles unserer Jugend bot. Nach längerer Verhandlung verneinten die Geschworenen die Schuldfrage, worauf die Angeklagte freigesprochen wurde.

Genen das freisprechende Erkenntnis des Schwurgerichts in der Anklage gegen den Rechnungsrat David Schneider aus Reutertshausen wegen Fälschung und Fälschung einer öffentlichen Urkunde hat die Staatsanwaltschaft Revision beantragt.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 21. Oktober.

In der letzten Sitzung des Zentralrats der Betriebsräte glaubte der Unabhängige Herr Krebs am „Volksfreund“ Kritik üben zu müssen. Da Herr Krebs ein Gegner der Sozialdemokratischen Partei ist, können wir natürlich nicht auf seine Sympathie rechnen. Im vorliegenden Falle scheint aber so etwas wie verlegte Schriftstellerlichkeit den Herrn zur Kritik am „Volksfreund“ veranlaßt zu haben. Herr Krebs hat uns über den Tagungsraum des Schlichtungsausschusses einen Artikel geschickt, dessen wörtlicher Abdruck uns nicht angangig erschien, weil uns weder der Ton noch die Form des Artikels im Einklang mit der zu behandelnden Sache zu stehen schien. Aber wir berechnigt hielten wir einen Protest gegen die unstattehaft unpassenden Räumlichkeiten, die dem Schlichtungsausschuss zur Verfügung gestellt worden sind. Wir haben daher das sachlich Berechtigte aus dem Krebschen Schreiben herausgeholt und den Protest unterfütet. Nun konnte Herr Krebs sich verletzt fühlen, weil wir seinen Artikel nicht wörtlich zum Abdruck brachten, aber in der Sache selbst lag erklärerweise zu einem Angriff auf den „Volksfreund“ kein Anlaß vor. Herr Krebs aber stellte sich in der letzten Sitzung des Zentralrates hin, griff den „Volksfreund“ an, um — und das scheint der besondere Zweck der Werbung gewesen zu sein — die „Soz. Republik“ zu empfehlen. Natürlich und wie es bei Herrn Krebs üblich ist, ging auch diese Empfehlung unter Wiedererwähnungen vor sich, denn Herr Krebs hält ja innerhalb der Gemeinheitsbewegung auf „Neutralität“, nämlich so, wie er sie aufstakt. Schließlich schwang er sich aber doch dazu auf, dem „Volksfreund“ den Charakter als Arbeiterblatt abzuspochen. Wir werden auch das Krebsche Verdammungsurteil wie noch so viele andere in Ruhe zu ertragen wissen, wie wir seinen neherdings auftretenden Bestrebungen mit heiterer Ruhe entgegen sehen, der „Republik“ auf die etwas schwachen Beine zu berufen. Herr Schierholz vom Zentralverband der Angestellten hieb mit dem ganzen Eifer eines sehr jungen politischen Betätigungsbewerbers ebenfalls auf den „Volksfreund“ ein, besonders aber auf die „Wagen“ in der Redaktion. Sie sind auch in der Tat fälschliche Menschen, die „Wagen“ in der Luisenstraße 24, denn sie hatten darauf, daß der „Volksfreund“ scharf und klar

sozialdemokratische Politik und sozialdemokratische Grundzüge vertritt, und sie haben keinerlei Verdammnis für eine Politik, die aus periodischen Aufregungsbedürfnissen oder aus politisch-neurasthenischen Gemütsaufwallungen heraus betrieben wird. Im übrigen ärgern sich über den „Volksfreund“ seit einiger Zeit allerlei interessante Leute: Deutschnationale, Zentrumsmänner, sogenannte Demotraten, Unabhängige und Kommunisten. Sei es drum. Lieben brauchen sie alle uns nicht, daß sie aber mit uns hies werden rechnen müssen, dafür wird gesorgt werden. Im übrigen möchten wir einmal im Zentralrat das Geschrei hören, wenn ein Mehrheitssozialdemokrat die Sitzungen dieser Körperschaft dazu benützen würde, um gegen die „Republik“ loszugehen und über die mangelnde Unterstützung des „Volksfreund“ zu klagen, wie Herr Krebs über die ungenügende Unterstützung der „Republik“ geklagt hat, trotzdem die „Republik“ kommunistisch geworden ist und Herr Krebs sich dem sogenannten rechten Flügel der U. S. R. vorläufig noch anzuhält.

Bildungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei. Heute abend punkt halb 7 Uhr findet bei Gen. Dr. Kullmann, Büro, eine wichtige Sitzung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder des Bildungsausschusses ist nötig.

Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Müllers. Die Kommissionsmitglieder und die Mitglieder der erweiterten Kommission werden zu einer Sitzung eingeladen, die heute abend bei Gen. Dr. Gortler, Gartenplatz, abgehalten wird.

Bereich Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Mozart-Abend. Heute abend 8 Uhr findet für die Mitglieder des Bereichs Arbeiter-Jugend im Saale des Arbeiterbildungszentrums, Wilhelmstr. ein Musikabend statt. Gen. Stabst. Böhringer wird einen einleitenden Vortrag halten über Mozart, worauf Mitglieder des Musikvereins „Harmonie“ eine Anzahl Werke des Komponisten zum Vortrag bringen werden. Der Abend verspricht genussreich und unterhaltend zu werden; die in unserer Stadt allseits bekannten und geschätzten künstlerischen Leistungen der Musiker der „Harmonie“ lassen auch an diesem Abend einen hohen Genuß erwarten. Die Mitglieder des Bereichs Arbeiter-Jugend, wie auch sonstige Jugendliche werden ersucht, die Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen. Auch die Jugendabteilung des Zentralverbandes der Angestellten ist zu dem Abend eingeladen.

Gesellschafts- und Angestelltenabend auf der Wasserbau-Ausstellung. Wir weisen noch einmal besonders auf die große öffentliche Versammlung hin, zu der morgen abend der Ortsausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und das Ortsrat der freien Angestellten-Organisationen in den großen Saal der Festhalle als Sonderveranstaltung im Rahmen der Schiffbau- und Wasserbau-Ausstellung einladen. Im Mittelpunkt dieses Abends, der außerordentlich wichtig zu werden verspricht, steht ein Vortragsvortrag von Handelsfachschullehrer Professor C. Dreßmann über „Der Kampf um die Wasserstraßen“. Nebenmann hat Zutritt. An diesem Abend soll vor allem der wertvollen Verbesserung unserer Stadt noch einmal ausführlich das hochwichtige Problem der südwestdeutschen Wasserstraßen erläutert werden. Bei der Wichtigkeit der anstehenden Fragen für jeden wirtschafts- und sozialpolitisch interessierten Staatsbürger sollte feiner den Besuch verheißt!

Ein Ferienüberzug mit 480 Kindern, von Halle kommend, traf gestern abend 7.40 Uhr auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Nach der üblichen Verpflegung der Kinder durch das Rote Kreuz fuhr der Zug um 9 Uhr nach Basel weiter.

Vertrauensfeier. Heute Donnerstag abend halb 8 Uhr findet im Eintratsaale der 2. Kammermusikabteilung der Karlsruher Musikvereine statt, das Verder-Quartett aus Mühlheim spielt die Streichquartette op. 15 Nr. 5 (A-dur) und op. 51 Nr. 3 (C-dur). Diese drei Quartette stellen Höhepunkte im Schaffen Beethovens dar, es wäre daher sehr ermutigend, wenn auch dieser Abend allgemeines Interesse finden würde. Karten nur bei Kurt Reufel, Waldstraße 89 und an der Abendkasse.

p. Unfall mit Todesfolge. Heute früh 8.35 Uhr ist die Hausfrau Marie Stoll von hier auf Bahnstg. 4 des Hauptbahnhofes hier aus einem anstehenden Zug ausgefallen. Sie kam unter denselben und wurde sofort getötet.

Der Sozialdem. Verein Karlsruhe und der Parteitag in Gießen

Einen lauten und würdigen Wiederhall zum Deutschen Parteitag in Gießen bot die gestrige Parteiverammlung des Sozialdemokratischen Vereins im kleinen Festhallsaal. Schon der Besuch derselben — das geräumige Lokal war voll besetzt — gab Zeugnis von dem überaus fröhlichen Leben innerhalb unseres Parteivereins. Erfreulich ist, daß neben den so zahlreich erschienenen Genossen auch die Genossinnen und insbesondere unsere Jungmännlichkeit durch das Erscheinen in so großer Zahl ihre reges Interesse an Parteileben bekundeten. Zu wünschen ist, daß es auch in Zukunft so bleiben möge.

Der Vorsitzende Gen. Schwertl eröffnete die sehr gut besuchte Versammlung, worauf der Kassier, Gen. Lang, den Rassenbericht vom letzten Quartale erstattete. Derselbe gibt wiederum ein erfreuliches Bild der Entwicklung sowohl in Punkt Kassenein- als auch Mitgliederzahl an. Besonders erwähnenswert ist, daß die Mitgliederzahl der Parteiträger entrichtet und unsere Partei keine „Grenzenmitglieder“ besitzt, wie sie bei der U.S.R. so häufig anzutreffen sind. Der Mitgliederbestand hat sich wiederum gehoben.

Nachdem Gen. Schwertl einige geschäftliche Mitteilungen gemacht hatte, erteilt er dem Gen. Dr. Diez das Wort zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Berichterstattung vom Deutschen Parteitag in Gießen.

Gen. Dr. Diez führte u. a. aus: Der Parteitag als solcher ist ja, wie aus den Presseberichten hervorgeht, als eine überaus glückliche Veranstaltung anzusehen. Er zeigte das Bild einer Geschlossenheit und Arbeitskraft, die alle Anerkennung verdient. In der Partei liegt eine so gewaltige Kraft, die die besten Hoffnungen für die Zukunft in sich birgt. Die Mitarbeiter der alten Genossen aus der Vergangenheit der Partei, die Partei die alte Sozialdemokratie geliebten ist, auch die jetzige Leitung mit ihren bewährten Kräften besitzt ebenfalls die besten Zukunftshoffnungen.

Zu den Verhandlungen des Parteitages übergehend, bemerkt der Redner, daß die badischen Delegierten in der Diskussion gut abgeschnitten haben, besonders Gen. Schöpflin mit seiner Kritik am Reichswehrministerium, wo die Gefahr besteht, daß die ganze Reichswehr unter den Einfluss des reaktionären Führers v. Seeckt u. Gen. gerät. Auch das Referat von Gen. Dr. Engler von Freiburg war eines der besten auf dem Parteitag. Gen. Engler zeigte eine außerordentliche Sachlichkeit und einen tiefen Einblick in die Wohnungsmaterie, der Redner zeigte sich eine Autorität auf dem Gebiete des Wohnungswesens.

Das Redewort des Genossen Wiffell und Robert Schmidt über Landwirtschaft bezug. Nichtlandwirtschaft wird sehr interessante Momente auf. Das, was die beiden Redner an praktischen Vorschlägen zeigten, muß durchgeführt werden, wenn unser Ziel, die Verwirklichung der Produktionsmittel, erreicht werden soll. Ob nun die Vorschläge von Gen. Wiffell oder Schmidt Recht behalten, ist nebensächlich. Es nach der Art des Betriebes muß der Weg zur Sozialisierung eingeschlagen werden, was sich insbesondere bei der Landwirtschaft zeigt.

nr. 245
Seite 4
Sozialdemokratische Partei
Der Parteitag in Gießen
Herz
Badischer Volksfreund
alle Kranke
P
Schuld der Republik
Grote Karls
H. Biele
zwischen Dr.
Grosses Lager
Friedrich, Ers

Wichtig ist, daß in unserem Agrarprogramm Klarheit herrscht, sodaß auch der kleine Bauer Gewißheit hat, daß sein Eigentum nicht verstaatlicht wird.

Das Referat von Gen. Meerfeld über die Internationale war nach Ansicht des Redners etwas farblos, was verständlich ist, weil unsere Genossen im Westen unter dem Eindruck der Franzosen zu leiden haben.

Ein Punkt Änderung des Parteiprogrammes ist erforderlich, daß Gen. Dr. Braun in seinem Referat den alten Nationalismus mit seinem Streben zur Errichtung einer bürgerlichen Reformpartei ablehnte und ein Festhalten an unseren sozialdemokratischen Grundgedanken betonte.

Der Vortrag von Gen. Franz Schmidt über das Agrarprogramm gipfelte in dem Satz, daß wir unterscheiden müssen zwischen Groß- und Kleinbetrieb.

Gen. Dr. Kunge wendet sich gegen die persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gen. Wissel und Schmidt, die besser unterblieben wären.

Gen. Trinks hat auch den Eindruck, daß das, was Dr. Diez heute gesagt hat, etwas anders ist, als was er damals sagte.

Gen. Müller-Reel meint, Dr. Kullmann habe sich für einen Aktiven eingestellt, der eine Verteidigung gar nicht nötig hat.

Gen. Schöpslin stellt einige Irrtümer des Gen. Kunge bezüglich der Ausführungen im „Volkstribunal“ fest.

Gen. Dr. Diez wurde für seine sachliche und ausführliche Berichterstattung durch allgemeinen Beifall gebührt.

Gen. Abg. Schöpslin stellt fest, daß das, was Dr. Diez heute gesagt hat, die alte Auffassung der Sozialdemokratie ist.

Gen. Dr. Kullmann hofft, daß mit der heutigen Versammlung die letzten Auseinandersetzungen ein Ende nehmen.

Die Zeitungsberichte über die Angelegenheit Dr. Diez haben keinen guten Eindruck gemacht. Die badischen Genossen, die die Erklärung gegen Gen. Dr. Diez abgaben, haben mit vorgefertigter Meinung dies getan.

Gen. Kunge wendet sich gegen die persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gen. Wissel und Schmidt, die besser unterblieben wären.

Gen. Trinks hat auch den Eindruck, daß das, was Dr. Diez heute gesagt hat, etwas anders ist, als was er damals sagte.

Gen. Müller-Reel meint, Dr. Kullmann habe sich für einen Aktiven eingestellt, der eine Verteidigung gar nicht nötig hat.

Gen. Schöpslin stellt einige Irrtümer des Gen. Kunge bezüglich der Ausführungen im „Volkstribunal“ fest.

Gen. Dr. Diez wurde für seine sachliche und ausführliche Berichterstattung durch allgemeinen Beifall gebührt.

Gen. Abg. Schöpslin stellt fest, daß das, was Dr. Diez heute gesagt hat, die alte Auffassung der Sozialdemokratie ist.

Gen. Dr. Kullmann hofft, daß mit der heutigen Versammlung die letzten Auseinandersetzungen ein Ende nehmen.

lassen. Andere sagen, wo die Verfassung fertig war, begannen die bürgerlichen Parteien zu kufen. Wir müssen heute ein großes Warnungszeichen aufstellen; und wir müssen einig sein.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung verlangt, daß in dem neuen Programm zum klaren Ausdruck gebracht wird, daß

- 1. die Partei jede dem Versuch, die geltende formal-juristische Demokratie zur Wiedereinführung der monarchischen Staatsform zu gebrauchen, mit allen Mitteln entgegenzutreten wird, und daß
2. die Partei bei einem Mißbrauch der geltenden formal-juristischen Demokratie zur Verschleppung der Sozialisierung und der für diese notwendigen Expropriation des Großkapitals und des Großgrundbesitzes mehr gewillt ist, als die Partei, die dem einsetzenden selbständigen Akt des Proletariats zur Erreichung dieser Ziele zu verhindern.

Valuta-Bericht vom 20. Oktober Die Marktnotierte heute in der Schweiz zirkuliert 21.64 M. per holl. Gulden

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. Oktober 1920

Bei der Vorkerschiff hohen Druckes, dessen Kern heute über Gollzheim liegt, dauert bei südlichen Winden das heitere Wetter weiter an.

Wasserstand des Rheins Schifferhölz 98, gef. 7; Rehl 105, gef. 8; Maxau 308, gef. 4; Mannheim 259, gef. 6 Zentimeter.

Briefkasten der Redaktion. S. A. Nach dem Gutachten unseres juristischen Mitarbeiters enthalten Ihre Versicherungen zweifellos Verbindlichkeiten.

Vereinsanzeiger Karlsruhe-Mühlburg (Gemischter Chor-Verband), Freitag, 22. Oktober, abends 8 Uhr Generalprobe im „Mühlen Krug“.

Sozialdemokrat. Partei Bezirk Aehl.

Die sozialdemokratischen Parteivereine im Bezirk Aehl werden hiermit zu dem am Sonntag, den 24. Oktober 1920, nachmittags 2 Uhr, in Aehl im Barbiergeschäft stattfindenden

Bezirkskonferenz

- 1. Berichterstattung vom Deutschen Parteitag in Kassel. (Vollmacht-Redakteur Juntobal-Heilbrunn).
2. Unsere Parteiarbeit im Winterhalbjahr.

Herzliche Einladung.

- 1. Zweitägiger wissenschaftlicher Lehrgang für allgemeine Friseurberufung. Beginn Sonntag, den 24. Oktober vorm. 10 Uhr.
2. Effentliche Jahresversammlung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch alkoholischer Getränke. Beginn Mittwoch, den 27. Oktober, vorm. 10 Uhr.

Jetzt ist es Zeit Puppen

alle kranken und verwundeten zu bringen. Erste Karlsruher Puppen-Klinik H. Bieler, Kaiserstrasse 223

Daniels Konfektionshaus So lange Vorrat! 5942 Wegen Aufgabe des Artikels Kuchepaletots zu besonders billigen Preisen.

Brennholz Die Gemeinnützige Beschaffungstelle für Erwerbsbeschranzte und Erwerbslose in Karlsruhe, Bahnhofsstr. 109, Telefon 2270-3274.

Künstl. Blumen 5390 Blätter und Bestandteile W. Sims Nacht, Kronenstr. 4.

Zuverlässiges Lehrmittel für Banke-Lebern Carl Pfefferle Carlbrunnstr. 23.

Möbliertes Parterrezimmer in einem Hause der Stadt mit Einfaß, zu mieten gesucht.

Wollkäse Goldknist

Felle aller Art Maschinen, Lumpen, Papier, Eisen, Metalle, Keller- u. Speicherkorn, Kunstleder, Feuerstein.

Achtung! Radfahrer! Achtung! Durch günstigen Einkauf von Fahrradgummilicht bin ich in der Lage, Mittel von Mk. 85.- und Schlauche von Mk. 28.- an zu verkaufen.

Fahrradhandlg. Wilzemann Mühlburg, Rheinstr. 24a, Telefon 2900. Wir kaufen jede Menge Löwenzahnwurzeln

prima Pferde-Fleisch Bringte heute, sowie jeden Tag Milde Ku-artenstr. 49.

Resten-Verkauf neu eingegangener solider Herren-Stoffe, 140 cm breit. in verschiedenen Dessins u. Farben.

Hüte reingelb, stark u. fassoniert Färberol D. Esch Telefon 1553.

Brannes Töpfergeschirr Kaffeetasse, Milchtopf, Schälchen, Kuchenformen, Kaffeekannen, Reibmaschinen, Einmachtopf, Größe 1-50 Liter.

Woldemar Schmidt Karl-Friedrichstraße Nr. 18. prima Qualität, eigenes Fabrikat, in verschied. Preislagen sowie Herren-Sportgürtel hat abzugeben.

Diplomat-Schreibtische Buchen, m. Rollen und Türen, gebelst und hell mattiert, hat sofort lieferbar.

Spangen, Stieber und Kämme werden in 3 Tagen repariert. Frieda Schmidt Herrenstr. 19.

Reise-Anzüge u. getrag. Anzüge auch für Jungen, Entzug, Cutaway, Gehrock, Anzüge, Heber,ischer und Paletots, reich Damen-Bekleidungsstücke.

Kaufe getrag. Kleider, Schuhe, Bekleidung, Möbel aller Art, zu realen Preisen. H. Schap, 67 Kaiserstr. 67.

Robrstühle werden dauerhaft gebochten u. repariert, auch mit echt spanischem Holz. B. Seitel, Waldstr. 35.



Frisch geschossene Waldhasen auch zerlegt in allen Teilen Rehrücken Schlegel Wildgallgügel täglich frische Seefische Blauelechen empfiehlt Carl Pfefferle

Einkaufsgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden m. b. H.

Ab Donnerstag, den 21. Oktober 1920, Kartoffelabgabe an Besteller, Buchstabe **R, S, Sch, Sp, St, W**, jeweils von 8—12 u. 2—6 Uhr.

Zentralverband d. Angestellten

Bezirk Karlsruhe.
Donnerstag, den 21. Okt. 1920, abends halb 8 Uhr, im Saal 3, „Colosseum“ (Saldstraße)

General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Abrechnungsbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Kartellberichte.
4. Verschiedenes.
In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir unsere Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die Durchführung.
Den Jagdausschreibern auf Gemerkung Zinkenheim betr.
Hilfsleiter Karl Otto Hesselbach wird in Zinkenheim heute als Jagdausschreiber für den Jagdbezirk I der Gemeinde Zinkenheim verpflichtet.
Karlsruhe, den 18. Oktober 1920.
Bezirksamt II. C. 3. 289

Eintracht-Saal

Montag, 25. Okt., abends 7/8 Uhr, spricht Dr. Martin Olpe über:
Alter Tod Verjüngung

Die Verjüngungstheorie und künstliche Geschlechts-Umwandlung nach Prof. Steinach und ihre Bedeutung.
Richard Dehmel: „Einige hundert Zeitungen und Zeitschriften nennen Martin Olpe einen glänzenden Redner; ich aber halte ihn einen geistvollen Wegweiser und Reformator“. Ebenso urteilen Fr. Naumann, Ellen Key und viele andere.
Eintritt 3 Mk., num. Karten 4 u. 6 Mk.
Vorverkauf: Musikalienhdlg. **Fr. Doerfl.**

Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 21. Oktober 1920. 2883
1. Schülervorstellung, **Abt. B.**
Warbeck
Anfang 7/2 Uhr. (4 u. 5.50) Ende gegen 10 Uhr.

Eintrachtsaal.

Donnerstag, den 21. Oktober 1920. 2884
2. Kammermusik - Abend
(Beethoven-Fest.)
Anfang 7/2 Uhr. (4. 12.—)

Durlacher Anzeigen.

Tafelbirnen u. Obst

gelangt in Mengen von 25 Pfund ab am **Freitag, den 22. Oktober, von 1 bis 5 Uhr nachmittags, im Lager, Weiherstraße 18, zum Verkauf.** 6005

Consum-Verein Durlach

Kastatter Anzeigen.

Obstwein betreffend.

Die Obstweinausgabe wird bis **Samstag, den 23. Oktober, mittags 12 Uhr, geschlossen.** Diejenigen, welche ihren Bedarf bis dahin nicht deckt haben, können in diesem Herbst nicht mehr mit Obstwein beliefert werden.
Kastatt, den 20. Oktober 1920. 2880
Kommunalverband Kastatt-Stadt.

Kartoffel-Ausgabe.

Heute nachmittags werden die Kartoffeln für den Buchstaben **E** ausgegeben.
Kastatt, den 21. Oktober 1920. 2881
Kommunalverband Kastatt-Stadt, Abt. Kartoffelversorgung.

Bruchfaler Anzeigen.

Kartenausgabe

am **Freitag, den 22. Oktober 1920, von 8 bis 12 Uhr vormittags** und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Buchstaben **S bis einschließlich U.**
Bruchfal, den 21. Oktober 1920. 2878
Kommunalverband Bruchfal-Stadt, Kartenausgabestelle.

Zeitungsträgerin

Werberinnen wollen sich bei Herrn **W. Staber, Kaiserstraße 42**, melden.
Verlag des Volksfreund.

Knaben-Mantel,

ehr gut erhalten, für das Alter von 8—10 Jahren, hat abzugeben.
Kantstr. 24, 3. Et. l. 6009

Möbel wegen Räumung.

Schlafzimmer u. h. ein. Betten, Schränke, Waschkommode u. Nachttische m. Marmor, Tisch, Divans, Koffer u. andere Stühle, einig. Kasten m. Einrichtung, Röhre, Matrassen, Sessel, Schemel, Garderoben usw. wird äußerst billig abgegeben.
Kantstr. 24, 3. Et. l. 6007

Für Brautleute!

Neue Federbetten und ein hell. f. ompl. Schlafzimmer, sowie eine Waschkommode, abgibt **Schirrmann, Marktstraße 43 b.** 6006

Wegen Platzmangel

2 schwere halbr. Betten mit Röhren, Matr. und St. 2 560 Mk. 2 neue weiche hochhaubt. Bett. 2700 Mk. ganz. Kissen, Waschkommode, Divan, Sofa, poliertes K. 1- und 2-türige Schränke, Tisch, Stühle, außerst billig in **Kantstr. 69, 1. Et. Marktstr. Krämer.** 5976

2 gleiche Betten

hochhaubt. eineln. Bett. Divan, Waschkommode mit Marmor, Schrank, hell. 2 Portieren zu verkaufen.
Schirrmann, Marktstraße 43, port. 5997

Baden-Baden.

Aufgrund der §§ 20, 21 der Verordnung vom 2. August 1920, Maßnahmen gegen Wohnungsmangel betr. (Ges. u. B.O. Nr. 57 S. 439 ff.) und in Ausführung der zum Schutze der Mieter getroffenen gesetzlichen Bestimmungen, werden folgende Anordnungen getroffen:

Wohnungsamt.

§ 1. Zur Durchführung der von der Gemeindebehörde getroffenen Anordnungen und Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, der Wohnungsbeschaffung und Wohnungsvermittlung, Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht, sowie zur Zusammenfassung und Unterweisung aller Fürsorge- und Befehrsbestimmungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist ein selbständiges Wohnungsamt errichtet, das unter der Aufsicht des Stadtrats und unter Leitung eines von demselben ernannten Vorstandes steht.

Zuständigkeit.

§ 2. Dem Wohnungsamt sind insbesondere zugez. wiesen:
a) Die Genehmigung zum Abbruch von Gebäuden oder Teilen eines solchen, zur Verwendung der bis zum 1. Oktober 1914 zu Wohnzwecken benutzten oder bestimmten Räume zu anderen Zwecken, insbesondere als Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- oder Geschäftsräume, zur Vereinigung mehrerer Wohnungen zu einer oder zur Umwandlung von Wohnhäusern in Geschäftsräume;
b) Die Kontrolle der Doppelwohnungen und die Bezeichnung der Hauptwohnung gemäß § 3 b. B.O. v. 2. 8. 1920;
c) Die Beschlagnahme der in den §§ 4 und 5 der B.O. v. 2. 8. 20 bezeichneten Räume und die in § 6 dieser Verordnung bezeichnete Genehmigung, die Durchführung des Beschlagnahmeverfahrens und die Vergebung der beschlagnahmten Räume;
d) Die Festsetzung der Vergütung gemäß § 15 der B.O. v. 2. 8. 20;
e) Die Zustimmung zur Vermietung, Ueberlassung oder Ingebrauchnahme von Wohnungen, sowie die Zustimmung zum Verleihen der durch den Eigentums- oder Besitzwechsel gemäß § 17 Abs. 3 der B.O. v. 2. 8. 20 freizugebenden Wohnungen;

Die Nachprüfung der Mietverträge auf die Angemessenheit des Mietzinses.

Die Befugnisse nach a, c und d werden bei Wohnungen, welche im Eigentum der Stadt stehen, durch den Stadtrat nach Anhörung des Wohnungsamtes ausgeübt.

Übervergütung. Beirat.

§ 3. Das Wohnungsamt gliedert sich in eine Verwaltung- und eine technische Abteilung, deren Geschäftsbereich von dem Vorstand bestimmt wird.

Die Entscheidungen des Wohnungsamtes unterliegen soweit es sich nicht um laufende Geschäfte von nicht grundlegender Bedeutung handelt, der Beschlussfassung eines Beirates, der aus dem Vorstand des Amtes als Vorsitzenden, je 2 Mitgliedern aus dem Kreise der Vermieter und Mieter und aus einem Vertreter aus dem Kreise der Flüchtlinge, je einem Vertreter der beiden Gewerkschaften und dem Vertreter des Grund- und Hausbesitzervereins der Stadt Baden-Baden — letztere 3 mit beratender Stimme — als weiteren Mitgliedern besteht. Die Mitglieder des Beirates dürfen nicht gleichzeitig Besitzer des Wohnungsamtes (§§ 8 und 14) oder der Beschwerdestelle (§ 8) sein. Sie werden vom Stadtrat auf die Dauer von 3 Jahren ernannt.

Zustimmung zur Vermietung.

§ 4. Die Zustimmung zur Ingebrauchnahme bzw. Vermietung von Wohnräumen darf nicht erteilt werden, wenn dadurch der Wohnungsmarkt in der Stadtgemeinde Baden-Baden

nicht verschlechtert wird. Diese Voraussetzung gilt regelmäßig als vorhanden, wenn die Vermietung, Ueberlassung an oder die Ingebrauchnahme durch einen Wohnungsfuchenden stattfinden soll, der nach ordnungsmäßiger Kündigung aus seiner bisherigen Wohnung auszugiehen hat und die neue Wohnung den Bedürfnissen seines Haushaltes, Geschäfts, Betriebs oder Berufs nach Art und Größe entspricht.

Bezeichnung von Wohnungsfuchenden.

§ 5. Dem Verfügungsberechtigten kann nach Vergebung der Zustimmung ein Wohnungsfuchender bezeichnet werden. Kommt zwischen diesem und dem Verfügungsberechtigten eine Einigung (Mietvertrag) nicht zustande, so setzt auf Anrufen des Wohnungsamtes das Mietungsamt § 14 den Vertrag fest, wenn für den Verfügungsberechtigten kein unverhältnismäßiger Nachteil zu besorgen ist. Die Bestimmungen des Einigungsamtes gelten als vereinbarte Bestimmungen des Mietvertrags.

Wohnungszuweisung.

§ 6. Die Zuweisung von Wohnungen an Wohnungsfuchende geschieht in der Reihenfolge der Anmeldungen, soweit nicht besondere Verhältnisse im Einzelfall eine andere Behandlung als angemessen erscheinen lassen. Neu zugewandene Personen haben Anspruch auf Zuweisung von Wohnungen insoweit nicht, als nicht die ortsanfängliche Bevölkerung untergebracht ist.

Die in der sog. Dringlichkeitsliste aufgenommenen Personen sollen bei der Zuweisung von Wohnungen in erster Linie berücksichtigt werden. Als Fälle der Dringlichkeit gelten: erkrankte, schwere Krankheit und Gebrechlichkeit ungenügende Wohnungsverhältnisse.

Bei der Zuweisung von Wohnungen an Mitglieder gemeinnütziger Baugenossenschaften, welche Einwohner der Stadt sind, geht die durch Genossenschaftsbeschlüsse bestimmte Reihenfolge der Zuweisung der allgemeinen Reihenfolge des Wohnungsamtes vor.

Im übrigen gelten die Vorschriften der §§ 18 und 19 der Verordnung vom 2. 8. 20.

Beschlagnahme.

§ 7. Das Verfahren bei der Beschlagnahme von Wohnungen richtet sich nach den Bestimmungen der Verordnung vom 2. 8. 20.

Bei jeder Beschlagnahme sollen Gärten und Unbilligkeiten nach Möglichkeit vermieden werden. Hohes Alter und schwere Krankheit der Hausbewohner, die ein besonderes Ruhebedürfnis bedingen, sollen sowohl bei der Frage der Beschlagnahme überhaupt wie bei der Entscheidung über den Umfang derselben nach Gebühre berücksichtigt werden.

Die Feststellung der Erfordernisse von Wohnungen oder Teilen von solchen, erfolgt zunächst durch die technische Abteilung des Wohnungsamtes, der in Zweifelsfällen die Nachschau durch eine bürgerliche Kommission von zwei Mitgliedern und erforderlichenfalls die Beauftragung durch einen besonderen Beamten des städt. Hochbauamtes nachfolgt.

Ein Anspruch auf Befreiung von der Beschlagnahme steht dem Betroffenen nur zu, wenn sie binnen einer vom Wohnungsamt zu bestimmenden Frist dem Wohnungsmarkt durch Schaffung von Neubauten andere Wohnungen zur Verfügung stellen. Die Entschädigung darüber, ob dieser Voraussetzung genügt ist, steht dem Wohnungsamt zu.

Beschwerdeinstanz.

§ 8. Ueber die gemäß § 23 der B.O. v. 2. 8. 20 gegen die Verfügungen des Wohnungsamtes zu fassenden Beschwerden entscheidet das Mietungsamt als Beschwerdeinstanz in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und je 2 Beisitzern aus dem Kreise der Vermieter und der Mieter. Die Beisitzer dürfen weder dem Beirat des Wohnungsamtes angehören noch als Beisitzer in dem anderen der Zuständigkeit des Mietungsamtes unterliegenden Fällen tätig sein. Insofern die Beschwerde für begründet erachtet wird, hat die Beschwerdeinstanz unter Aufhebung der angefochtenen Verfügung in der Sache selbst zu erkennen.

Die Entscheidungen der Beschwerdeinstanz sind unanfechtbar.

Durchführung der Beschlagnahme.

§ 9. Die Feststellung der Art und des Umfangs sowie die Durchführung der Bauarbeiten, die zur Erreichung des mit der Beschlagnahme verfolgten Zweckes erforderlich sind, erfolgt, insofern der Hauseigentümer selbst sich nicht zur Ausführung derselben bereit erklärt, bei Arbeiten geringeren Umfangs ohne besondere technische Schwierigkeiten durch die technische Abteilung des Wohnungsamtes, bei Arbeiten größeren Umfangs durch das städt. Hochbauamt.

Kündigung von Wohnungen.

§ 10. Die Kündigung von Wohnungen und Wohnräumen Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- und Geschäftsräumen, Läden und ähnlichen Räumen — mit Ausnahme von möblierten Zimmern bis zu 2 Räumen ohne Küche und Zubehör — bedarf der vorherigen Zustimmung des Mietungsamtes. Die Kündigung ohne diese Zustimmung ist rechtsunwirksam.

Zustimmung zur Kündigung.

§ 11. Die Zustimmung zur Kündigung soll nicht versagt werden, wo zwingende Gründe für die Kündigung vorliegen.

Als zwingende Gründe sind insbesondere anzusehen:

- 1. Mietzinssteigerungen, wenn diese durch die allgemeine Teuerung, dem Wert der Mieträume oder durch die Ansprüche der Mieter gerechtfertigt erscheinen.
- 2. Große Verluste gegen die geschlichen oder die in den Mietverträgen und Beschlüssen betraglich übernommenen Verpflichtungen der Mieter.

§ 12. Bei Hausverkäufen der Nachweis des Kaufpreises, daß er infolge der geringeren Mietzinses, seitdem das Haus in seinem Eigentum steht, Schaden erlitten hat und nur der Verkauf von weiteren Verlusten schützt.

Zustimmung zum Ablauf des Mietverhältnisses.

§ 13. Mietverträge, die auf bestimmte Zeit abgeschlossen sind und deshalb ohne Kündigung ablaufen, gelten für unbestimmte Zeit verlängert. Der Mieter ist nicht verpflichtet, die Wohnung nach Ablauf des Mietverhältnisses zu räumen, wenn der Verfügungsberechtigte nicht vorher die Zustimmung des Mietungsamtes zum Ablauf des Mietverhältnisses erwirkt hat und nachweist.

Die Zustimmung soll nicht versagt werden, wenn die Voraussetzungen des § 9 vorliegen.

Nachprüfung des Mietzinses.

§ 14. Mietverträge über Mieträume jeder Art — mit Ausnahme von möblierten Zimmern bis zu 2 Räumen ohne Küche und Zubehör — unterliegen hinsichtlich der Mietzinsen der Nachprüfung des Mietungsamtes insoweit, als dieselben von dem Wohnungsamt oder von einem der Vertragsparteien beantragt sind. Uebermäßig hohe Mietzinsen sind auf den angemessenen Betrag herabzusetzen. Die Nachprüfung hat auch hinsichtlich der Mietzinsen für möblierte Zimmer bis zu 2 Räumen zu erfolgen, wenn der Mieter dies beantragt.

Die Nachprüfung erstreckt sich auch auf Mietzinsen bei Neuabschlüssen von Mietverträgen oder bei Änderung bestehender Mietverträge, sowie im allgemeinen auf Mietzinsvereinbarungen, welche ohne Vorlage des Mietzinses an das Wohnungsamt nach dem 1. Januar 1918 getroffen worden sind, ohne daß das Mietverhältnis oder der Mietzins eine Veränderung erfahren hat.

Vorlage der Mietverträge — Herabsetzung des Mietzinses

§ 15. Die Vermieter haben Mietverträge über Mieträume, welche

- 1. mit einem neuen Mieter abgeschlossen werden,
- 2. mit dem bisherigen Mieter eine Änderung erfahren haben,

binnen einer Woche nach Neuabschluss oder Änderung des Vertrages dem Wohnungsamt in doppelter Fertigung zur Genehmigung vorzulegen.

Falls der Mietzins unangemessen erscheint, hat das Wohnungsamt innerhalb einer Woche nach Eingang bei dem Mietungsamt die Herabsetzung des Mietzinses auf die angemessene Höhe zu beantragen. Das gleiche Recht steht dem Mieter und zwar auch dann, wenn er den Mietzins bereits durch Unterchrift anerkannt hat, zu.

Zum Antrag beim Mietungsamt auf Herabsetzung der Mietzinsen, die nach dem 1. Januar 1918 ohne die Genehmigung des Wohnungsamtes oder der Entscheidung des Mietungsamtes vereinbart worden sind, ohne daß sie inzwischen eine Änderung erfahren haben, ist sowohl das Wohnungsamt als der Mieter berechtigt.

Wirksamkeit der Vermietung.

§ 16. Die Mietverträge werden in Ansehung der Ansprüche des Vermieters wirksam, wenn durch das Wohnungsamt oder dem Mieter innerhalb der in § 12 gegebenen Frist Antrag auf Herabsetzung nicht gestellt wird, der Antrag zurückgefallen ist oder das Mietungsamt entschieden hat.

Mietungsamt — Zuständigkeit.

§ 17. Ueber Anträge auf Zustimmung zu einer Wohnungsabgabe und zum Ablauf des Mietverhältnisses sowie über Anträge auf Herabsetzung übermäßig hoher Mietzinsen entscheidet das Mietungsamt in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und je einem Beisitzer aus dem Kreise der Vermieter und der Mieter. Die Beisitzer dürfen gleichzeitig weder dem Beirat des Wohnungsamtes noch der Beschwerdestelle des Mietungsamtes angehören.

Antragstellung.

§ 18. Alle Anträge sind schriftlich oder zu Protokoll des Schriftführers des Mietungsamtes, die Anträge auf Zustimmung zu einer Wohnungsabgabe oder zum Ablauf des Mietverhältnisses spätestens vier Wochen, bei Mietzinsänderungen mit einer geringeren als einer vierwöchigen Kündigungsfrist spätestens 14 Tage vor dem Zeitpunkt an welchem die Kündigung nach Vertrag oder Gesetz erklärt werden muß, beim Mietungsamt einzureichen.

Mietungsamt — Besondere Zuständigkeit.

§ 19. Die Befugnisse der Schiedsstelle im Sinne der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichsanwalters vom 2. 11. 17 (R.G.B. S. 680) Sommerheizungen- und Warmwasserbereitungen in Mieträumen betr. werden von dem Mietungsamt ausgeübt. Die Entscheidungen erfolgen in der in § 14 genannten Besetzung unter Zugabe des Vorstandes und des für Fragen der Zentralheizungsanlagen der Ortshausstelle Beigegebenen Sachverständigen.

Anfechtbarkeit der Entscheidungen.

§ 20. Die Entscheidungen des Mietungsamtes sind unanfechtbar.

Sonstige Bestimmungen. — Strafen.

§ 21. Im übrigen gelten die Bestimmungen der Reichs- und Landesverordnungen, Vorschriften gegen Wohnungsmangel und zum Schutze der Mieter.

Zuwendungen gegen diese Anordnungen werden nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen bestraft. Die bisherigen Anordnungen des Stadtrats betr. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel und über Mieterfragen werden hiermit aufgehoben.

Der Stadtrat.